

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	2
Tischauflagen -öffentlich-	2
Vorlagendokumente	3
TOP Ö 17 Bürgerversammlungsantrag der Initiative Fridays for Future Erlangen „Die Umsetzung folgender Maßnahmen“ vom 27.03.2019	3
Antrag Nr. 114/2019 13/330/2019	3
Antrag Nr. 122/2019 13/330/2019	5
Antrag Nr. 125/2019 13/330/2019	6
TOP Ö 22 Organisatorische Änderungen im Referat Bildung, Kultur und Jugend (Ref. IV)	7
PV TOP 2 JHA 18072019 112/142/2019	7
TOP Ö 34 Konzeptvorstellung und Umsetzung der gemeinsamen Jugendberufsagentur Erlangen	8
Protokollvermerk SGA 55/040/2019	8
TOP Ö 36.1 Niederlegung des Stadtratsmandates durch Herrn Harald Bußmann	9
Beschlussvorlage 13-2/290/2019	9
TOP Ö 36.3 Berufung in den Stadtrat von Frau Katharina Grammel	10
Beschlussvorlage 13-2/291/2019	10
TOP Ö 36.5 Stellungnahme gegen Gleisrückbau im Bahnhof Frauenaurach; Dringlichkeitsantrag der Erlanger Linke Nr. 127/2019 zum Stadtrat am 25.07.	11
Antrag Nr. 127/2019 127/2019/ERLI-A/028	11
TOP Ö 37 Anfragen	12
Anfrage Erlanger Linke betr. BIK	12

Stadtrat

Sitzung am Donnerstag, 25.07.2019

- Ergänzung der Unterlagen -

Öffentliche Tagesordnung

- | | | |
|-------|---|----------------------------|
| 17. | Bürgerversammlungsantrag der Initiative Fridays for Future Erlangen
„Die Umsetzung folgender Maßnahmen“ vom 27.03.2019
- Antrag Nr. 114/2019 der Grünen Liste
- Antrag Nr. 122/2019 der SPD-Fraktion
- Antrag Nr. 125/2019 der FWG | 13/330/2019
Beschluss |
| 22. | Organisatorische Änderungen im Referat Bildung, Kultur und Jugend
(Ref. IV)
Protokollvermerk aus der Sitzung des JHA am 18.07.2019 | 112/142/2019
Beschluss |
| 34. | Konzeptvorstellung und Umsetzung der gemeinsamen
Jugendberufsagentur Erlangen
Protokollvermerk aus der Sitzung des SGA vom 09.07.2019 | 55/040/2019
Beschluss |
| 36.1. | Niederlegung des Stadtratsmandates durch Herrn Harald Bußmann
Tischauflage | 13-2/290/2019
Beschluss |
| 36.2. | Verabschiedung des Stadtratsmitgliedes Herrn Harald Bußmann | |
| 36.3. | Berufung in den Stadtrat von Frau Katharina Grammel
Tischauflage | 13-2/291/2019
Beschluss |
| 36.4. | Vereidigung des neuen Stadtratsmitgliedes Frau Katharina Grammel | |
| 36.5. | Stellungnahme gegen Gleisrückbau im Bahnhof Frauenaurach;
Dringlichkeitsantrag der Erlanger Linke Nr. 127/2019 zum Stadtrat am
25.07.
Tischauflage | 127/2019/ERLI-
A/028 |
| 37. | Anfragen
Schriftliche Anfrage der Erlanger Linke betr. Bedarf nach Öff-
nung der Berufs- & Integrationsklassen (BIK) für über 20-Jährige | |

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: **19.07.2019**
Antragsnr.: **114/2019**
Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**
Zust. Referat: **OBM/13**
mit Referat:

Grüne Liste Rathausplatz 1 91052 Erlangen

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik
Rathausplatz 1
91052 Erlangen



Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Zimmer 130

tel 09131/862781 fax 09131/861681
e-mail: buero@gl-erlangen.de
<http://www.gl-erlangen.de>

Bürozeiten:

Mo 10-13, 14-18 Di, Mi, Do 10-13

Erlangen, den 19.07.2019

Antrag zum UVPA am 23.07.2019

TOP 15: Klimanotstand - Bürgerversammlungsantrag der Initiative Fridays for Future Erlangen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in Erlangen wurde der Klimanotstand ausgerufen.

Seit Beginn der Industrialisierung hat sich die Erde laut den Angaben des Weltklimarats IPCC bereits um circa ein Grad Celsius erwärmt. Es bleibt sehr wenig Zeit, diesen Klimawandel aufzuhalten und zu verhindern, dass unwiderruflich Kippunkte im Klimasystem überschritten werden.

Die Folgeschäden werden dann – wenn sie sich überhaupt beziffern lassen - weit höhere Kosten mit sich bringen als alle Investitionen in konkrete Maßnahmen zur Vermeidung des Klimawandels. Wir fordern konkrete Maßnahmen auf kommunaler Ebene, welche die Vereinbarungen des Pariser Abkommens (Bundesregierung zugestimmt) und die Begrenzung des Temperaturanstiegs möglichst auf 1,5 °C unterstützen und voranbringen.

Der Verkehr ist für über ein Viertel des CO₂-Ausstoßes in Deutschland verantwortlich. Trotzdem gab es in der Vergangenheit in diesem Bereich im Endeffekt keinerlei Verbesserungen - Einsparungen durch technische Innovationen wurden aufgehoben durch den allgemeinen Zuwachs im Verkehrssektor.

Zur Vorlage 13/330/2019 der Verwaltung stellen wir folgende Änderungsanträge:

- Nr. 3: Der Stadtrat befürwortet das weitere Vorgehen mit der Gründung einer Projektgruppe. Dazu wird unmittelbar eine verwaltungsinterne Steuerungsgruppe „Klimaschutz“, die referatsübergreifend arbeitet, regelmäßig tagt und den Stadtrat regelmäßig schriftlich über ihren Arbeitsstand in Kenntnis setzt, eingerichtet. Diese Gruppe kann durch externe Expert*innen unterstützt werden.
- Nr. 4.: Der Stadtrat erkennt den Personalbedarf im Amt für Umweltschutz und Energiefragen an. Über die Stellenschaffung wird im Rahmen des Stellenplans entschieden. Die Verwaltung

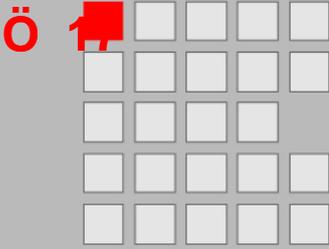
wird bevollmächtigt, diese Stelle sofort auszuschreiben und zu besetzen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Wolfgang Winkler (Fraktionsvorsitzender)

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'W. Most', is positioned above the typed name.

F.d.R.: Wolfgang Most



Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: 22.07.2019
Antragsnr.: 122/2019
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: OBM/13
mit Referat:

**SPD Fraktion
im Stadtrat Erlangen**

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik
91052 Erlangen

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
Telefon 09131 862225
Telefax 09131 862181
e-Mail spd@erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

**Antrag
Klimanotstand: Schaffung einer neuen Stelle**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

mit dem Ausrufen des Klimanotstandes ist die Stadt Erlangen die Selbstverpflichtung eingegangen, schnell Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels zu ergreifen.

Dies ist auch dringend notwendig, da seit Beginn der Industrialisierung sich die Erde laut den Angaben des Weltklimarats IPCC bereits um circa ein Grad Celsius erwärmt hat. Es bleibt sehr wenig Zeit, diesen Klimawandel aufzuhalten und zu verhindern, dass unwiderruflich Kippunkte im Klimasystem überschritten werden.

Die Folgeschäden werden dann – wenn sie sich überhaupt beziffern lassen - weit höhere Kosten mit sich bringen als alle Investitionen in konkrete Maßnahmen zur Vermeidung des Klimawandels.

Wir begrüßen daher, dass die Stadtverwaltung mit der Vorlage 13/330/2019 erste Schritte zur Umsetzung des Beschlusses zum Klimanotstand aufzeigt. Um daran zügig weiterarbeiten zu können, beantragen wir in Abänderung der genannten Vorlage:

- Ziffer 4.: Der Stadtrat erkennt den Personalbedarf im Amt für Umweltschutz und Energiefragen an. Über die Stellenschaffung wird im Rahmen des Stellenplans entschieden. Die Verwaltung wird bevollmächtigt, diese Stelle sofort auszuschreiben und zu besetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Barbara Pfister
Fraktionsvorsitzende

Dr. Andreas Richter
Sprecher für Umwelt und Energie

Nina K. Riebold
Geschäftsführerin der SPD-Fraktion

Datum
22.07.2019

AnsprechpartnerIn
Nina K. Riebold

Durchwahl
09131 862225

Seite
1 von 1



Herrn Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik
Rathausplatz
91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO
Eingang: **24.07.2019**
Antragsnr.: **125/2019**
Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**
Zust. Referat: **OBM/13**
mit Referat:

Erlangen, den 19.07.2019

Stadtratsantrag zum Tagesordnungspunkt 17 der Sitzung des Erlanger Stadtrats am 27.07.2019

Information zur Gemeinwohl-Kommune:

Einladung eines Vertreters/Vertreterin der Gemeinwohl-Ökonomie und/oder einen Bürgermeister/in einer Gemeinwohl-Kommune zu einem Vortrag in einer UVPA-Sitzung (im Oktober oder Dezember diesen Jahres).

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Janik,

nachdem die „Ausrufung des Klimanotstandes“ im Stadtrat am 29.05.2019 beschlossen wurde und damit „die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität anerkannt“ ist, ist - über die Beschlussvorlage zum Tagesordnungspunkt 17 hinausgehend - eine weitere grundsätzliche Maßnahme dringend erforderlich, um die Klimaziele und einen nachhaltigen Schutz von Klima und Natur erreichen zu können.

Diese Maßnahme betrifft alle Bereiche des Wirtschaftens in unserer Stadt, die bisher nach den Kriterien Kosten, Gewinn und Rendite, nicht aber - in allererster Linie - nach dem Gemeinwohl ausgerichtet sind.

Antrag: Da es nach „Ausrufung des Klimanotstandes“ und der „Anerkennung von höchster Priorität“ der „Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen“ durch den Erlanger Stadtrat am 29.05.2019 eine neue Sachlage mit dringendem Handlungsbedarf gibt, beantragen wir: eine/n ausgewiesenen Vertreter/in der Gemeinwohl-Ökonomie und/oder einen Bürgermeister/in einer Gemeinwohl-Kommune zu einem Vortrag in einer UVPA-Sitzung (im Oktober oder Dezember diesen Jahres) einzuladen, um eine bessere Informationsgrundlage zu erzielen sowie über die praktische Umsetzung in einer Kommune unterrichtet zu werden.

Mit freundlichen Grüßen

Anette Wirth-Hücking
Stadträtin

gez. Prof. Dr. Gunther Moll
Stadtrat



IV/510-1/BJ001-T. 2114

Erlangen, 18.07.2019

112/142/2019

Organisatorische Änderungen im Referat Bildung, Kultur und Jugend (Ref. IV)

**I. Protokollvermerk aus der 4. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
Tagesordnungspunkt 2 - öffentlich -**

Protokollvermerk:

Die Referentin Frau Steinert-Neuwirth, Referent Herr Ternes, Jugendamtsleiter Herr Rottmann und Herr Dr. Christ, Geschäftsführer der Beratungsfirma gfa public GmbH, erläutern Hintergrund und Inhalt der Vorlage.

Die JHA-Mitglieder sollen wunschgemäß während der geplanten Untersuchungsphase 2 inhaltlich informiert werden.

Einvernehmlich entscheidet sich der Ausschuss am Ende der Diskussion dafür, heute die Vorlage nicht nur „einzubringen“, sondern wie vorgesehen zu begutachten und über den gestellten Antrag (Nr. 1 bis Nr. 8) in zwei Zifferblöcken und mit einer textlichen Ergänzung (Antrag des stimmberechtigten Mitglieds Frau Will) abzustimmen:

→ **Antrag Nr. 1 und Nr. 8, bei Antrag Nr. 1 Ergänzung um Satz 2: „Die genaue organisatorische Zuordnung des Erlanger Bündnisses für Familien und der Koordinierungsstelle für Familienbildung wird Bestandteil der Untersuchungsphase 2“.**

Abstimmung: mit 11 : 1 Stimmen mehrheitlich angenommen.

→ **Antrag Nr. 2 bis Nr. 7:**

Abstimmung: mit 12 : 0 Stimmen einstimmig angenommen.

- II. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift.
- III. **Kopie Ref. III** zum Weiteren.
- IV. **Kopie Ref. IV** zum Weiteren.
- V. **Amt 51** zum Weiteren.

Vorsitzende/r:

gez.

.....

Stadträtin

Lanig

Schriftführer/in:

gez.

.....

Buchelt

V/50/ZC007 T. 2259

Erlangen, 09.07.2019

55/040/2019

Konzeptvorstellung und Umsetzung der gemeinsamen Jugendberufsagentur Erlangen

**I. Protokollvermerk aus der 3. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses mit Sozialbeirat
Tagesordnungspunkt 9.1 - öffentlich -**

Die Vorlage wird im 3. Punkt ergänzt um:

In den Lenkungskreis oder den Steuerungskreis sollen Gewerkschaften, Verbände, Kammern, Wirtschaft und Jugendliche eingebunden werden. Nicht nur im Lenkungskreis sondern überall dort, wo es sinnvoll ist, sollen Jugendliche z.B. aus dem Jugendparlament sich einbringen können. Die Konzeptersteller sollen sich überlegen, an welchen Punkten der Peer-Gedanke noch eingebaut werden kann.

- II. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift.
- III. **Kopie an Amt 55** zum Weiteren.
- IV. **Referat V** zum Weiteren.

Vorsitzende:

gez.

.....

Bürgermeisterin
Dr. Preuß

Schriftführerin:

gez.

.....

Zrenner-Forstner

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/13

Verantwortliche/r:
Bürgermeister- und Presseamt

Vorlagennummer:
13-2/290/2019

Niederlegung des Stadtratsmandates durch Herrn Harald Bußmann

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	25.07.2019	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Die Niederlegung des Stadtratsmandates durch Herrn Harald Bußmann wird anerkannt. Herr Harald Bußmann scheidet mit Wirkung vom 24.07.2019 aus dem Erlanger Stadtrat aus.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Herr Harald Bußmann bittet mit Schreiben vom 22.07.2019 darum, ihn mit sofortiger Wirkung von seinem Stadtratsmandat zu entbinden.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Es wird vorgeschlagen, der Bitte von Herrn Harald Bußmann zu entsprechen und ihn von seinem Ehrenamt als Mitglied des Stadtrates Erlangen zu entbinden.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Durch Beschluss des Stadtrates gemäß Art. 19 BayGO i.V.m. Art. 48 GLKrWG.

Anlagen:

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/13

Verantwortliche/r:
Bürgermeister- und Presseamt

Vorlagennummer:
13-2/291/2019

Berufung in den Stadtrat von Frau Katharina Grammel

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	25.07.2019	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Frau Katharina Grammel wird mit Wirkung vom 25.07.2019 als Mitglied des Erlanger Stadtrates berufen.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Herr Harald Bußmann hat darum gebeten, von seinem Stadtratsmandat entbunden zu werden. Der Stadtrat hat die Niederlegung des Stadtratsmandates anerkannt.

Als nächstes Ersatzmitglied rückt Frau Katharina Grammel aus dem Wahlvorschlag „Grüne Liste“ in den Stadtrat nach. Die Voraussetzungen für die Übernahme des gemeindlichen Ehrenamtes liegen vor. Frau Grammel ist bereit, die Berufung anzunehmen.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Berufung von Frau Katharina Grammel als Mitglied des Erlanger Stadtrates.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Durch Beschluss des Stadtrates gemäß Artikel 19 der Bayerischen Gemeindeordnung.

Anlagen:

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO	
Eingang:	24.07.2019
Antragsnr.:	127/2019
Verteiler:	OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat:	VI
mit Referat:	

Erlangen, den 24.7.19

**Stellungnahme gegen Gleisrückbau im Bahnhof Frauenaarach
Dringlichkeitsantrag zum Stadtrat am 25.7.**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Wir stellen den Antrag:

Die Stadt Erlangen wendet sich mit einer fristgemäßen Einwendung gegen den geplanten Gleis- und Weichenrückbau im Bahnhof Frauenaarach

Begründung:

Nur über Umwege haben wir erst jetzt erfahren, dass zur Zeit ein Verfahren läuft, um im Bahnhof Frauenaarach Gleise und Weichen zu entfernen. Im Ergebnis hätte der Bahnhof Frauenaarach dann kein zweites Gleis mehr.

Für uns ist dies das nächste Stück der Aurachtalbahn, das einer Salami-taktik zum Opfer fällt. **Die Stadt Erlangen sollte bei ihrer bisherigen Position bleiben, und in einer Einwendung die Sicherung und wo möglich auch Erhaltung der Strecke – insbesondere auf eigenem Stadtgebiet - fordern.**

Der Müllzug benötigt den Bahnhof zum Wenden und wird die Strecke in Zukunft länger blockieren. Auch deshalb ist mit Störungen oder Einschränkungen des Draisinenbetriebs „Saratstro“ zu rechnen, die seit 2012 von einem aktiven Ex-Stadtrat betrieben wird. Unter dem Titel „Mit der Fahrrad-Draisine auf alten Schienen“ sind diese Fahrten auf der alten Aurachtalbahn sogar Teil des aktuellen Kinderferienprogramms. Bis vor 10 Jahren nutzten Landwirte aus der Umgebung das zweite Gleis, um Zuckerrüben für Zeil am Main zu verladen. Zur Zeit ist der LKW-Transport günstiger, das wird sich aber – Stichwort Klimakatastrophe – bald ändern !

Begründung der Dringlichkeit:

Es droht Fristablauf im laufenden Verfahren, es sei denn, die Verwaltung erwirkt eine Fristverlängerung, so dass der Antrag fristwährend im nächsten UVPA behandelt werden kann. In diesem Fall verzichten wir auf die Dringlichkeit.

Wir entschuldigen uns für die späte Antragsstellung bei einer vollen Tagesordnung. Diese wäre allerdings vermeidbar gewesen, hätte der Stadtrat rechtzeitig von der Sache erfahren, und dass die Stadt hier Einwendungen erheben kann.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Pöhlmann
(Stadtrat)

Anton Salzbrunn
(Stadtrat)

Erlangen, den

**Bedarf nach Öffnung der Berufs- & Integrationsklassen (BIK) für über 20-Jährige
 Anfrage zum Stadtrat am 25.7.19**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Um den tatsächlichen Bedarf nach BIK-Klassen für über 20-Jährige abzuschätzen, fragen wir an:

- wie viele Geflüchtete (anerkannt & im Asylverfahren) sind über 18 Jahre,
- wie viele Geflüchtete (anerkannt & im Asylverfahren) gibt es in der Altersklasse 21-30 (35) Jahren,
- wie viele der alleinerziehenden Geflüchteten (anerkannt & im Asylverfahren) haben keine professionelle Kinderbetreuung, und können somit auch nicht an „Kursen“ teilnehmen ?
- wie viele der Geflüchteten (im Asylverfahren) nehmen an einer Maßnahme (Sprachkurs) teil bzw. wie viele nehmen an keiner Maßnahme teil ?

Erläuterung:

In der AIB-Sitzung wurde darüber diskutiert, wie über 20-jährige Geflüchtete, die keine abgeschlossene Schulbildung erwerben konnten, der Besuch einer Berufsintegrationsklasse ermöglicht werden kann. Dies wäre erforderlich, weil für diesen Personenkreis der Abschluss der BIK erst die Möglichkeit einer Berufsausbildung eröffnet. In Zeiten des "Lehrlingsmangels" eine offensichtlich vernünftige und nahe liegende Maßnahme.

Aktuell dürfen in die BIK-Klassen nur für anerkannte Geflüchtete, unter 21.

Um sowohl für anerkannte als auch für Geflüchtete im Verfahren einen Zugang zum Arbeitsmarkt (bzw. eine Bleibe-Perspektive) zu schaffen, wären BIK Klassen für die Altersgruppe 21-30 (35) Jahre sinnvoll.

Da dem AIB und auch den Fraktionen keine Zahlen vorliegen, ist unklar, wie-viele Menschen davon profitieren würden/könnten. Dies wollen wir durch unsere Anfrage ändern. Es gibt aus anderen Berichten Hinweise auf die ungefähren Zahlen, die u.E. Handlungsbedarf anzeigen:

- laut Sachstandsbericht der GGFA vom Mai 19 sind 78 % der anerkannten Geflüchteten (welche Kunden beim Job center sind) ohne Berufsausbildung.
- von den ca 700 Kunden (anerkannten Geflüchteten) beim Jobcenter sind 139 in einer Maßnahme (Kurse, Sprachkurse etc), $700-139= 561$.

Die restlichen 561 haben also wohl weder die Möglichkeit, zu arbeiten, noch sich die dafür notwendige Qualifikation zu erarbeiten.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Pöhlmann
 (Stadtrat)

Anton Salzbrunn
 (Stadtrat)